

90.831

Motion Schmid**Revision Tierseuchengesetz****Loi sur les épizooties. Révision***Wortlaut der Motion vom 4. Oktober 1990*

Der Bundesrat wird eingeladen, das Tierseuchengesetz zu revidieren und eine Seuchenwehr zu schaffen, welche Ausbrüche von Tierseuchen, für die keine Schutzimpfungen vorgeschrieben sind, unverzüglich zu tilgen und gleichzeitig das Risiko der Weiterverbreitung möglichst klein zu halten imstande ist; zu diesem Zweck vorzusehen, dass die Seuchenwehr zentral vom Bund geleistet und von den Kantonen dezentral unterstützt wird; demgemäss die Verpflichtung des Bundes vorzusehen, die Kosten für die Bildung, Ausrüstung und den Unterhalt der Seuchenwehr, die direkten Seuchenbekämpfungskosten und jene der Entschädigung für Tierverluste zu tragen.

Texte de la motion du 4 octobre 1990

Le Conseil fédéral est chargé de réviser la loi sur les épizooties et de créer un organe apte à enrayer, dès leur apparition, les épizooties pour lesquelles la loi ne prescrit aucune vaccination et à limiter au maximum le risque de propagation; pour satisfaire à ces exigences, cet organe devra être dirigé de manière centrale par la Confédération, tout en étant appuyé de manière décentralisée par les cantons; il faudrait donc que la Confédération supporte les coûts liés à la mise sur pied, à l'équipement et à l'entretien de l'organe précité, les frais directs occasionnés par la lutte contre les épizooties ainsi que ceux dus à l'indemnisation pour perte d'animaux.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schmid: Wie Sie wissen, hat die EG beschlossen, ab dem 1. Januar 1992 jegliche Schutzimpfungen gegen Maul- und Klauenseuche auf ihrem Gebiet zu verbieten. Ab dem selben Zeitpunkt können Klauentiere nur noch aus Ländern in die EG exportiert werden, in denen seit mindestens 12 Monaten nicht mehr geimpft wird, und dies nur unter der Voraussetzung, dass die zum Export bestimmten Tiere überhaupt nie geimpft worden sind.

Der Bundesrat hat diesen EG-Beschluss zum Anlass genommen, die in der Schweiz obligatorisch jährlich durchzuführende Schutzimpfung des Rindviehbestandes gegen Maul- und Klauenseuche aufzuheben. Er tat dies, weil sich die Schweiz in diesem Bereich keinen europäischen Alleingang leisten konnte, und um damit auch die Exportmöglichkeiten, die unseren Schlachtviehmarkt doch um einiges entlasten, nicht zu gefährden. Die Seuchelage ist gegenwärtig nicht allzu gefährlich. Der Verzicht auf die jährliche Schutzimpfung ist daher zu akzeptieren.

Allerdings muss klar gesehen werden, dass ein allfälliger Ausbruch einer solchen Seuche in Zukunft mangels Schutzimpfung verheerende Folgen haben kann, da sie sich dann flächenbrandmässig ausbreiten könnte. Nach meiner Auffassung muss daher die Aufhebung der allgemeinen Schutzimpfung von flankierenden Massnahmen begleitet werden. Diese Massnahmen bestehen insbesondere darin, dass infizierte Bestände schlagartig, radikal und umfassend eliminiert werden, weil nur diese gründliche Massnahme eine weitere Ausbreitung der Seuche in einem Land, das keine Schutzimpfungen und damit keine immunologischen Barrieren in räumlicher Hinsicht mehr kennt, verhindern kann.

Ein solches Bekämpfungskonzept sprengt nun aber eindeutig die kantonalen Grenzen. Das Konzept, die Leitung und die Organisation und vor allem die Finanzierung müssen Bundessache sein. Es ist eine eigentliche eidgenössische Seuchenwehr aufzustellen. Dafür muss ein Mechanismus geschaffen wer-

den, der es erlaubt, die Bestandeseliminierungen fachgerecht so durchzuführen, dass keine Infektionsgefahren durch Verschleppung neu entstehen. Dafür sind Spezialisten notwendig, die zentral durch das Bundesamt für Veterinärwesen gestellt oder mindestens unter dessen Anleitung eingesetzt werden. Deren Ausbildung und Ausrüstung muss Sache des Bundes sein.

Es sind zudem Infrastrukturen notwendig, wie Seuchenfahrzeuge und Tierkörperbeseitigungsanlagen, die über genügend grosse Leistungsreserven für Seuchenfälle verfügen müssen. Insbesondere müssen verseuchte Tiere in grösserer Menge gefahrenlos in einer bestimmten Region kantonsübergreifend beseitigt werden können.

Diese Aufgaben übersteigen die Leistungs- und Koordinationskraft der Kantone, zumal seit 1980 die entsprechenden Bundesmittel nicht mehr ausgerichtet werden. Die Lage der Seuchenschlachthöfe ist finanziell angespannt und die Lage der Tierkörperbeseitigungsanlagen geradezu katastrophal. Wir sind in der Situation, dass sich solche Anlagen finanziell nicht mehr halten lassen und am Rande der Schliessung sind. Wenn der Bund nicht die Verantwortung zentral wieder an sich zieht, sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine auch nur im Ansatz erfolgversprechende Seuchenwehr nicht mehr gegeben.

Daher möchte ich den Bundesrat mit meiner Motion einladen, ähnlich wie Herr Jung dies im Nationalrat getan hat, aber weit darüber hinausgehend, das Tierseuchengesetz zu revidieren und dabei eine Seuchenwehr zu schaffen, die imstande ist, Ausbrüche von Tierseuchen rasch und umfassend einzudämmen und dabei das Risiko der Weiterverbreitung möglichst klein zu halten. Diese Seuchenwehr muss zentral vom Bund geleitet und kann von den Kantonen dezentral unterstützt werden. Das alles wird nur greifen, wenn der Bund die Kosten für die Ausbildung, die Ausrüstung und den Unterhalt der Seuchenwehr, die direkten Seuchenbekämpfungskosten und insbesondere auch die Kosten der Entschädigung für Tierverluste übernimmt.

Ich ersuche Sie daher, meiner Motion Folge zu geben.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Les responsables de la lutte contre les épizooties sont arrivés à la conclusion, Monsieur le motionnaire, qu'en effet les dispositions de notre loi sur les épizooties ne sont plus adaptées pour lutter efficacement contre une épizootie hautement contagieuse. Compte tenu des nouvelles stratégies que préconise l'Office international des épizooties et des programmes qui ont été décidés par la Communauté, il faut se mettre au travail. Nous l'avons fait, avec l'Office vétérinaire fédéral, trois vétérinaires cantonaux, le directeur suppléant et le juriste de l'office, ainsi que le directeur de l'Institut pour les maladies à virus, afin de nous atteler à la révision, probablement totale, de la loi car il y a également d'autres points qu'il faut revoir.

La motion demande que la lutte contre certaines épizooties soit déclarée tâche de la Confédération et financée par elle. C'est ce qu'on est en train d'examiner. Je ne pourrai pas donner une réponse positive d'entrée de cause à la représentation que vous faites de votre motion, car il faudra discuter également avec les cantons de la manière dont finalement le tout se présentera. Il y a gros à parier en effet que la place de la Confédération dans cette organisation et cette stratégie nouvelles sera plus importante qu'aujourd'hui, que les tâches de coordination intercantonale devront être améliorées et passer, le cas échéant, par l'autorité de la Confédération, mais le dire péremptoirement aujourd'hui déjà serait aller un peu plus vite que les violons. C'est la raison pour laquelle je serai d'avis, avec le Conseil fédéral d'ailleurs, que nous acceptons votre motion en tant que postulat. C'est un postulat actif puisqu'il donne lieu à l'étude dont je viens de vous parler.

En vous répondant ainsi, nous sommes dans la ligne de ce que nous avons déclaré à M. Jung, conseiller national, lorsqu'il avait déposé un postulat dans ce sens. Nous sommes prêts à examiner l'élargissement de l'engagement de la Confédération dans la lutte contre les maladies hautement contagieuses. En revanche, il est clair aussi, Monsieur le motionnaire, que le Conseil fédéral n'envisage pas de réintro-

duire des subventions fédérales aux cantons, abolies il y a une dizaine d'années.

C'est dans cet esprit que je vous saurai gré de bien vouloir transformer la motion en postulat.

Schmid: Wegen Anfechtbarkeit einer Abstimmung bin ich als Motionär gerne bereit, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

90.930

Postulat Reichmuth

Massnahmen zur Kostensenkung bei der landwirtschaftlichen Produktion

Mesures tendant à réduire les coûts de production agricoles

Wortlaut des Postulates vom 10. Dezember 1990

Die Verhandlungen im Zusammenhang mit Gatt und EWR haben in der Landwirtschaft verständlicherweise grosse Beunruhigung ausgelöst. Durch den Abbau von bisherigen und überlebensnotwendigen Subventionen würden sich die Einkommensprobleme für unsere Bauern drastisch verschärfen, und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft wäre weitgehend in Frage gestellt.

Mit den vom Bundesrat in Aussicht gestellten vermehrten Direktzahlungen, die vor allem zum Ausgleich der von der Landwirtschaft erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen (Sicherung der Landesversorgung in Krisenzeiten, Erhaltung der Landschaft, etc.) ausgerichtet werden sollen, kann das Problem allein nicht gelöst werden. Vielmehr gilt es, zusätzliche und gezielte Anstrengungen zu unternehmen, um durch eine Senkung der Produktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern. Nur schon die hohe Verschuldung, die vergleichsweise viermal so hoch ist wie in Frankreich, bewirkt durch die Zinsenlast ein hohes Kostenniveau. Gewisse Normen im administrativen und technischen Bereich behindern auch erheblich die überbetriebliche Zusammenarbeit.

Der Bundesrat wird daher ersucht, zu prüfen, wie die Infrastrukturkosten in der Landwirtschaft wirksam gesenkt werden könnten:

- über zusätzliche Massnahmen zur Förderung der Entschuldung – allenfalls in Zusammenarbeit mit den Kantonen;
- durch den Abbau von Normen, die die landwirtschaftliche Produktion verteuern, namentlich von solchen, die die überbetriebliche Zusammenarbeit behindern oder technische Ausrüstungen verteuern;
- durch andere geeignete Massnahmen.

Texte du postulat du 10 décembre 1990

Les négociations avec le GATT et celles en rapport avec l'EEE ont provoqué une grande inquiétude dans le monde agricole, ce qui est compréhensible. La réduction, voire la suppression de subventions indispensables à la survie des exploitations aggraveraient très considérablement les problèmes qui se posent aux paysans en matière de revenus et affecteraient dans une large mesure la capacité concurrentielle dans l'agriculture.

On ne saurait régler la question uniquement par une augmentation des paiements directs que le gouvernement préconise et qui servirait surtout à rétribuer les prestations de l'agriculture en faveur de l'économie générale (approvisionnement du pays en cas de crise, sauvegarde du paysage, etc.). Il convient plutôt d'entreprendre des efforts supplémentaires pour parvenir, par une réduction judicieuse des frais de pro-

duction, à améliorer la capacité concurrentielle de l'agriculture. Le fort endettement, qui est par exemple quatre fois supérieur à celui de l'agriculture française, provoque déjà, par la charge considérable que constituent les intérêts à payer, des frais très élevés. Certaines prescriptions administratives et techniques entravent aussi fortement une collaboration entre les exploitations.

Le Conseil fédéral est en conséquence chargé d'étudier les possibilités d'abaisser efficacement les frais d'infrastructure dans l'agriculture

a. au moyen de mesures complémentaires destinées à faciliter le désendettement, le cas échéant avec la coopération des cantons,

b. par la suppression totale ou partielle de dispositions qui renchérissent la production agricole, notamment de celles qui entravent la coopération entre les entreprises ou renchérissent les équipements techniques,

c. par d'autres mesures appropriées.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bühler, Daniöth, Delalay, Dobler, Kùchler, Kùndig, Lauber, Meier Josi, Roth, Schallberger, Schmid, Ziegler (12)

Reichmuth: Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft sind sehr stark von der Entwicklung der Produktions- und Betriebskosten abhängig. Umwelt- und Tierschutzanliegen neben Absatzproblemen zwingen die Bauern immer mehr zu strukturellen Anpassungen, Produktionseinschränkungen und baulichen Investitionen – letztere unter anderem auch wegen den Tierschutzvorschriften.

Wohl versucht der Bund schon bisher, durch allgemeine und gezielte Beiträge die Einkommenslage der Landwirtschaft zu verbessern und notwendige Investitionen zu ermöglichen. Aber alle diese Massnahmen waren bisher nicht in der Lage, die bestehenden Einkommensrückstände sowohl im Talgebiet wie im Berggebiet zu eliminieren. Im Gegenteil: Die Verschuldung unserer Landwirtschaft ist in den letzten Jahren laufend gewachsen und beträgt heute vergleichsweise rund das Vierfache wie in Frankreich.

Rationelle Gebäude, Betriebseinrichtungen und Maschinen sind heute ausserordentlich kostenintensiv und erheischen einen hohen Aufwand für Amortisation und Verzinsung. Zinstermine sind deshalb heutzutage ein Alptraum für viele Bauernfamilien, ganz besonders im Berggebiet. Ich glaube daher, dass die gesetzlichen Bestimmungen über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen einer Ueberprüfung bedürfen. Die zur Verfügung stehenden, allenfalls angemessen zu erhöhenden finanziellen Mittel sollten gezielter eingesetzt werden können – mit einem Minimum an administrativem Aufwand. Zusätzliche Massnahmen zur Förderung der Entschuldung unverhältnismässig stark belasteter landwirtschaftlicher Heimwesen drängen sich auf – allenfalls in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter angemessener Beteiligung derselben.

Wie ich im Postulatstext geschrieben habe, sollten zusätzliche und gezielte Anstrengungen unternommen werden, um zu einer Senkung der Produktionskosten und damit zu vermehrter Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu kommen. Der Bund könnte dabei mithelfen, wenn er verschiedene Normen im administrativen und technischen Bereich abbauen würde, welche heute insbesondere die überbetriebliche Zusammenarbeit mehr behindern als fördern. Das gleiche gilt für Vorschriften bei den technischen Ausrüstungen, die kostensteigernd wirken.

Gestützt auf konkrete Beispiele habe ich mir von der landwirtschaftlichen Beratungszentrale eine Liste geben lassen über die nach ihrer Meinung wichtigsten Behinderungen für Betriebs- und Betriebszweiggemeinschaften. Sie sind unter anderem in der Verordnung über landwirtschaftliche Begriffe, in der Verordnung über die Milchkontingentierung und in der Verordnung über die Erhebung von Abgaben und Beiträgen der Milchproduzenten zu finden.

Es ist mir bewusst, dass bei der Komplexität der Landwirtschafts- und Agrarpolitik eine gewisse Normendichte unausweichlich ist. Das sollte aber nicht verhindern, Vorschriften, die

Motion Schmid Revision Tierseuchengesetz

Motion Schmid Loi sur les épizooties. Révision

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.831
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.03.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	217-218
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 890